



ANGENOMMENE TEXTE

P8_TA(2016)0129

Honduras: Lage von Menschenrechtsaktivisten

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. April 2016 zu der Lage von Menschenrechtsaktivisten in Honduras (2016/2648(RSP))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die EU-Leitlinien für den Schutz von Menschenrechtsaktivisten und die EU-Leitlinien für die Förderung und den Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle (LGBTI) Personen,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. Dezember 2012 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits¹,
- unter Hinweis auf den Abschlussbericht der EU-Wahlbeobachtungsmission über die Parlamentswahlen 2013 in Honduras und die Folgemission 2015 im Zusammenhang mit Straflosigkeit,
- unter Hinweis auf den EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie (2015–2019),
- unter Hinweis auf die am 8. Mai 2015 an Honduras gerichteten Empfehlungen der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung durch die Vereinten Nationen,
- unter Hinweis auf den Bericht des UN-Sonderberichterstatters über die weltweiten Bedrohungen für Menschenrechtsaktivisten und die Lage von Menschenrechtsaktivistinnen,
- unter Hinweis auf die am 18. März 2016 in Genf abgegebene Erklärung des UN-Sonderberichterstatters zur Lage von Menschenrechtsaktivisten in Honduras,
- unter Hinweis auf Artikel 25 der Geschäftsordnung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IAMRK) betreffend den Mechanismus für vorbeugende Schutzmaßnahmen,

¹ ABl. C 434 vom 23.12.2015, S. 181.

- unter Hinweis auf das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern aus dem Jahr 1989 (IAO-Übereinkommen Nr. 169),
 - unter Hinweis auf die Erklärung der EU-Missionsleiter vom 17. Februar 2016 zur schwierigen Lage der LGBTI-Gemeinschaft in Honduras,
 - unter Hinweis auf Erklärungen von EU-Einrichtungen, einschließlich der Erklärung der EU-Delegation für Honduras vom 3. März 2016 und der Erklärung des Sprechers der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, vom 16. März 2016,
 - unter Hinweis auf die Menschenrechtsklauseln des Assoziierungsabkommens EU-Zentralamerika und des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika, die seit 2013 in Kraft sind,
 - gestützt auf Artikel 135 Absatz 5 und Artikel 123 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass mehreren UN-Berichten über Menschenrechtsaktivisten zufolge Umweltaktivisten, Verteidiger der Rechte der indigenen Völker, Journalisten, Angehörige der Rechtsberufe, Gewerkschafter, Landwirte, Frauenrechtsaktivisten, Personen der LGBTI-Gemeinschaft sowie weitere Aktivisten in Honduras nach wie vor Opfer von Missbrauch, Gewalt, willkürlichen Verhaftungen, Bedrohungen und Ermordung werden;
 - B. in der Erwägung, dass die honduranische Regierung positive Verpflichtungen eingegangen ist und Rechtsvorschriften zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Angehörigen der Rechtsberufe ausgearbeitet hat, zu denen die Einrichtung eines Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die Bereitschaft der nationalen Behörden, internationale Missionen zur Überwachung der Menschenrechte zu genehmigen, und die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten im Jahr 2015 zählen;
 - C. in der Erwägung, dass Honduras trotz dieser Maßnahmen inzwischen zu den gefährlichsten Ländern der Region für Menschenrechtsaktivisten zählt; in der Erwägung, dass Honduras eines der für Umweltaktivisten gewaltintensivsten Länder der Welt ist und im Zeitraum 2010–2015 mindestens 109 Umweltaktivisten getötet wurden;
 - D. in der Erwägung, dass den vorliegenden Informationen zufolge die bekannte Umweltschützerin Berta Cáceres, die sich ferner für die Rechte der indigenen Völker einsetzte und Gründerin des Zivilen Rates der Indigenen- und Volksorganisationen von Honduras (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras – COPINH) war, am 3. März 2016 von nicht identifizierten Männern in ihrem Haus ermordet wurde; in der Erwägung, dass ihr Tod auf internationaler Ebene für Entrüstung sorgte und Besorgnis seitens der Öffentlichkeit auslöste, was die Lage von Menschen in Honduras, die sich für die Rechte der indigenen Völker sowie für Umwelt- und Landrechte einsetzen, betrifft;
 - E. in der Erwägung, dass nur zwei Wochen später, am 16. März 2016 mit Nelson García ein weiteres Mitglied des COPINH ermordet wurde; in der Erwägung, dass das rasche Einschreiten der honduranischen Behörden zur Verhaftung des mutmaßlichen Mörders

geführt hat;

- F. in der Erwägung, dass der mexikanische Staatsbürger und einzige Augenzeuge des Mordes an Berta Cáceres, Gustavo Castro Soto, der selbst Schusswunden erlitten hatte, aufgrund der Ermittlungen das Land fast einen Monat lang nicht verlassen durfte; in der Erwägung, dass er am 6. April 2016 die Erlaubnis erhielt, das Land zu verlassen;
- G. in der Erwägung, dass die honduranische Regierung das abscheuliche Verbrechen umgehend verurteilte, die Untersuchung des Mordes an Berta Cáceres zu einer nationalen Priorität erklärte und die Öffentlichkeit über die erzielten Fortschritte unterrichtete; in der Erwägung, dass die Regierung die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) offiziell um ihre Unterstützung bei der Aufklärung des Mordes ersucht hat;
- H. in der Erwägung, dass Berta Cáceres fortwährend bedroht wurde, weshalb die Interamerikanische Menschenrechtskommission vorbeugende Schutzmaßnahmen für sie beschloss, die Berichten zufolge jedoch nicht effizient von der honduranischen Regierung umgesetzt wurden; in der Erwägung, dass Berta Cáceres zu den 15 Menschenrechtsaktivisten gehört, die trotz der für sie vorgesehenen Schutzmaßnahmen zwischen 2010 und 2016 in Honduras getötet wurden;
- I. in der Erwägung, dass die jüngsten Ermordungen im Kontext des jahrzehntelangen friedlichen Widerstands gesehen werden sollten, der vom COPINH und anderen Aktivisten gegen den Bau des hydroelektrischen Staudamms Agua Zarca im Fluss Gualcarque geführt wurde, wobei es sich um ein Großprojekt handelt, das stark von Investitionen und Technologien aus Europa abhängig ist und Berichten zufolge ohne vorherige offene und fundierte Konsultation zur Zustimmung der betroffenen indigenen Gemeinschaften – wie es im IAO-Übereinkommen Nr. 169 vorgesehen ist – errichtet wird; in der Erwägung, dass die niederländische Entwicklungsbank FMO und Finnfund die Zahlungen für das Staudammprojekt Agua Zarca ausgesetzt haben, das in Berta Cáceres eine engagierte Gegnerin fand;
- J. in der Erwägung, dass der am 24. Januar 2016 verübte Mord an Paola Barraza, die sich für die Rechte von Personen der LGBTI-Gemeinschaft einsetzte, selbst eine transsexuelle Frau war und der Organisation Arcoíris angehörte, das Augenmerk auf die zunehmenden Gefahren richtet, denen die LGBTI-Gemeinschaft in Honduras ausgesetzt ist; in der Erwägung, dass ihre Ermordung der jüngste Fall in einer Reihe von gewaltsamen Toden aktiver Mitglieder von LGBTI-Menschenrechtsorganisationen in den vergangenen elf Monaten ist und dass zu den Todesopfern ferner Angy Ferreira, Violeta Rivas, Gloria Carolina Hernández Vásquez (die auch unter dem Namen Génesis Hernández bekannt ist), Jorge Alberto Castillo, Estefanía Zúniga, Henry Matamoros, Josselin Janet Aceituno Suazo zählen; in der Erwägung, dass Berichten zufolge in Honduras seit 1994 235 Personen der LGBTI-Gemeinschaft ermordet wurden, jedoch nur in 48 Fällen ein Gerichtsverfahren eingeleitet wurde; in der Erwägung, dass dem nationalen Kommissar für Menschenrechte zufolge 92 % aller Verbrechen nicht ordnungsgemäß untersucht worden seien und somit ungelöst blieben;
- K. in der Erwägung, dass der UN-Sonderberichterstatter für die Lage von Menschenrechtsaktivisten, Michel Forst, am 18. März 2016 erklärte, dass die Spirale der Gewalt nur dann durchbrochen werden könne, wenn gegen Straflosigkeit vorgegangen würde und die Täter zur Rechenschaft gezogen würden, und darüber

hinaus betonte, dass sich die honduranischen Behörden unverzüglich und auf konkrete Weise um die Gewährleistung der Sicherheit sämtlicher Menschenrechtsaktivisten im Land sowie ihrer Familien bemühen müssten;

- L. in der Erwägung, dass Honduras zurzeit sein Strafgesetzbuch reformiert, das auf internationalen Übereinkünften beruhen und als wichtiges Instrument zur Gewährleistung der Rechte von schutzbedürftigen Gruppen dienen sollte;
 - M. in der Erwägung, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten mit verschiedenen Programmen und Kooperationsprojekten, insbesondere mit dem Programm zur Förderung der Menschenrechte (Programa de Apoyo a los Derechos Humanos – PADH) und EuroJusticia die Stärkung des Justizwesens und der Menschenrechte unterstützen;
 - N. in der Erwägung, dass einige Mitgliedstaaten das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika noch nicht ratifiziert haben, weshalb der Bereich „Politischer Dialog“ noch nicht in Kraft getreten ist; in der Erwägung, dass die Wahrung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit sowie der Menschenrechte und der bürgerlichen und politischen Rechte der Bevölkerung beider Regionen zu den grundlegenden Elementen des Assoziierungsabkommens gehört;
1. verurteilt die Morde an Berta Cáceres, Nelson García und Paola Barraza sowie frühere Ermordungen von Menschenrechtsaktivisten in Honduras aufs Schärfste; spricht den Angehörigen und Freunden der Aktivisten sein aufrichtiges Mitgefühl aus;
 2. gedenkt Berta Cáceres, einer honduranischen Umweltaktivistin, führenden Vertreterin der indigenen Volksgruppe der Lenca sowie Mitbegründerin und Koordinatorin des COPINH, die ihr Leben dem Streben nach einer demokratischeren Gesellschaft in ihrem Land widmete; betont, dass ihre Ermordung beispielhaft ist in einem Land, das eine extrem hohe Zahl an Tötungsdelikten aufweist und in dem allgemeine Straffreiheit herrscht;
 3. ist bestürzt darüber, dass es die honduranischen Behörden ungeachtet der von der IAMRK vorgesehenen vorbeugenden Maßnahmen versäumten, Frau Cáceres angemessenen Schutz zu bieten; fordert die honduranische Regierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu mobilisieren, um die 92 derzeit für das Land vorgesehenen IAMRK-Vorbeugemaßnahmen wirksam umzusetzen und ähnliche Verbrechen gegen weitere bedrohte Umweltaktivisten und indigene Aktivisten zu verhindern;
 4. fordert eindringlich die umgehende Einleitung unabhängiger, objektiver und sorgfältiger Ermittlungen in diesen und früheren Mordfällen, um die Hintermänner und Täter vor Gericht zu bringen und der Straffreiheit ein Ende zu setzen; begrüßt, dass sich auf Antrag der honduranischen Regierung der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte und die OAS an den Ermittlungen im Mordfall Cáceres beteiligen; vertritt die Auffassung, dass im Rahmen der Vereinten Nationen und der IAMRK zur Verfügung stehende und von den Opfern geforderte Mittel wie eine unabhängige internationale Untersuchung dazu beitragen könnten, für eine unparteiische und faire Aufklärung der Morde zu sorgen;
 5. äußert sich zutiefst besorgt über das Klima extremer Gewalt, insbesondere gegenüber Personen der LGTBI-Gemeinschaft und den Menschen, die sich für die Rechte der

Gemeinschaft einsetzen; betont, dass unverzüglich sorgfältige und unparteiische Ermittlungen in Bezug auf die Morde an aktiven Mitgliedern mehrerer LGBTI-Menschenrechtsorganisationen eingeleitet werden müssen;

6. hebt hervor, dass der Schutz vor Diskriminierung und Hassverbrechen auf der Grundlage der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität verbessert werden muss und in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft Leitlinien für bewährte Verfahren ausgearbeitet werden müssen; fordert, dass bei jeder Überarbeitung des Strafgesetzbuchs neue geeignete Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung und Hassverbrechen und zum Schutz der LGTBI-Gemeinschaft mit aufgenommen werden;
7. ist zwar zutiefst besorgt über die Menschenrechtslage in Honduras insgesamt, begrüßt jedoch die unlängst durchgeführten Rechtsreformen und die von der Regierung Honduras unternommenen Anstrengungen, um die derzeitige Situation der Menschenrechtsaktivisten im Land zu verbessern; fordert die honduranischen Staatsorgane auf, das 2015 verabschiedete Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten umzusetzen und zu vervollständigen und in angemessener Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft dafür zu sorgen, dass das nationale System zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Angehörigen der Rechtsberufe volle Funktionsfähigkeit erlangt und über ausreichende Mittel verfügt; fordert die Regierung Honduras auf, die im Rahmen der letzten allgemeinen, regelmäßigen Überprüfung abgegebenen Empfehlungen uneingeschränkt umzusetzen;
8. würdigt die Arbeit des Leiters der EU-Delegation in Honduras, Ketil Karlsen, und seiner Mitarbeiter zur Unterstützung honduranischer Menschenrechtsaktivisten; fordert die EU-Delegation sowie die Botschaften und Konsulate der Mitgliedstaaten in dem Land auf, die Verfahren im Zusammenhang mit den Untersuchungen der Morde an Menschenrechtsaktivisten aktiv zu begleiten und zu überwachen und sich noch stärker für die derzeit gefährdeten Menschenrechtsaktivisten einzusetzen;
9. ist der Ansicht, dass die Tätigkeiten europäischer Investoren an überzeugende ökologische und soziale Sicherungsstrategien geknüpft sein müssen; unterstützt entschieden die Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte mit eindeutigen Sorgfaltspflichten, Vorsichtsmaßnahmen im Sinne des Risikomanagements und der Schaffung wirksamer Abhilfemaßnahmen im Bedarfsfall; begrüßt, dass sowohl die FMO als auch Finnfund den Mord an Berta Cáceres öffentlich verurteilten und eingehende Ermittlungen forderten und dass die FMO und Finnfund am 16. März 2016 nach den Berichten über die Ermordung Nelson Garcías ihre gesamten Tätigkeiten einstellten;
10. fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, dafür zu sorgen, dass die EU ausschließlich Entwicklungsvorhaben fördert und genehmigt, die die Voraussetzung der vorherigen, offenen und fundierten Konsultation der indigenen Gemeinschaften erfüllen, für eine echte Konsultation aller betroffenen Gemeinschaften sorgen und überzeugende Garantien in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte und den Umweltschutz abgeben;
11. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika noch nicht ratifiziert haben, auf, dies nachzuholen; fordert den Rat mit Nachdruck auf, eine einheitliche Honduraspolitik zu verfolgen, in deren Rahmen sich die

28 Mitgliedstaaten und die Organe und Einrichtungen der EU zu einer starken gemeinsamen Botschaft in Bezug auf die Rolle der Menschenrechte bei den Beziehungen zwischen der EU und Honduras und in der gesamten Region verpflichten;

12. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Rat, der Kommission, den nationalen Parlamenten der 28 Mitgliedstaaten, dem Präsidenten, der Regierung und dem Parlament von Honduras, dem Ständigen Sekretariat des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration, dem Parlacen, der Parlamentarischen Versammlung EuroLat und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten zu übermitteln.